

62 Jahre Israel: wie die sogenannte „einzige Demokratie im Nahen Osten“ weiterhin die palästinensische Bevölkerung vertreibt



Bild ICAHD
Israëlisches Komitee
gegen Hauszerstörungen
www.icahd.org/eng

Israel 2010: Die ethnische Säuberung geht mit massiver Schärfe weiter

Der 14. Mai ist der offizielle Tag der Gründung des Staates Israel, die Vertreibung der einheimischen Palästinenser durch zionistische, militärische Einheiten war zu diesem Zeitpunkt bereits in vollem Gange. Mit Gewalt und Massakern zwangen die zionistischen Militärs 750.000 Menschen zur Flucht. Die deutschen Medien verschweigen zumeist, dass der israelische Staat diese Vertreibung der Palästinenser mit Gesetzen und Waffengewalt bis heute fortsetzt.

Jerusalem: Von der Stadt dreier Religionen zur rein jüdischen Stadt

In hohem Maße gefährdet ist unter anderem das palästinensische Ost-Jerusalem. Palästinensische Bewohner werden ausgewiesen, ihre Identitätspapiere abgenommen, ihre vom Tourismus abhängige Wirtschaft zerstört, Häuser abgerissen, die Umgebung der Altstadt und die Vorstadtviertel von neuen israelisch-jüdischen Siedler-Kolonien durchsetzt. Nach Angaben des israelischen Komitees gegen Häuserzerstörungen ICAHD, wurden im Zuge dieser Kampagne in Jerusalem seit 1967 rund 12.000 palästinensische Häuser vernichtet und 85 % des palästinensischen Bodens enteignet. Das Gebiet der Stadt Jerusalem wurde auf Kosten palästinensischen Landes um das Zehnfache vergrößert. Allein

im Jahr 2008 wurde 4577 Palästinensern in Ostjerusalem vom israelischen Innenministerium das Aufenthalts- und Wohnrecht aberkannt, das sind 21 mal so viel wie im Durchschnitt der vorausgegangenen 40 Jahre.

Westbank: Ein Militärerlass bereitet eine Massendeportation vor

In der Westbank hat sich die israelische Besatzung Mitte April 2010 mit einer Militäranordnung die Möglichkeit eröffnet, Zehntausende von Palästinensern zu deportieren. Im Erlass ist von „Eindringlingen“ die Rede, die sich „unrechtmäßig in der Westbank aufhalten“. Sie können bis zu sieben Jahren inhaftiert oder abgeschoben werden. Wie Jeff Halper vom israelischen Komitee gegen Hauszerstörungen betont, anerkennen die israelischen Behörden den Status sehr vieler Bewohner der Westbank nicht als legal an. Dazu gehören Palästinenser aus dem Gazastreifen, die teilweise bereits in der zweiten Generation auf der Westbank leben, Palästinenser aus der Westbank, die lange im Ausland gelebt haben und einen ausländischen Pass besitzen, sowie ausländische oder im Ausland geborene Ehepartner. Der Militärerlass wurde bereits angewendet. Der Gefangene Ahmed Sabah durfte nach seiner Freilassung aus der Haft nicht zu seiner Familie in die Westbank zurückkehren, wo er seit Jahrzehnten gelebt hatte, er wurde nach Gaza deportiert. Die israelische Regierung beansprucht

gleichzeitig für jeden Juden überall auf der Welt das Recht, sich innerhalb der Grenzen von 1948 genauso wie in der Westbank niederzulassen, egal, ob er irgendeine Verbindung zu dem Land hat oder nicht.

Gaza: USA und EU dulden massive Menschenrechtsverletzungen

Die UN-Untersuchungskommission unter der Leitung von Richard Goldstone hat im September 2009 massive Verstöße gegen internationales Recht und Menschenrecht im Gazakrieg (Dezember 2008/Januar 2009) aufgedeckt und benannt. Der Goldstone-Bericht zeichnet ein klares Bild der wirklichen Verhältnisse: Während die Hamas lediglich wegen des Abschusses von Raketen kritisiert wird, der so ungezielt ist, dass er zivile Opfer treffen kann, ist die Liste der Menschenrechtsverletzungen durch die israelische Armee lang. Dazu gehören Einsätze von giftigem weißem Phosphor auf dicht besiedeltem Gebiet, Einsatz von bisher unbekanntem Waffen quasi im Testverfahren, Bombardierung und Zerstörung von UN-Gebäuden und zahlreicher anderer ziviler Gebäude und Einrichtungen. Der Menschenrechtsrat und die Generalversammlung der UN haben sich hinter den Goldstone-Bericht gestellt und fordern weitere Ermittlungen. Gleichzeitig verhindert Israel mit der jahrelangen menschenrechtswidrigen Blockade des Gazastreifens jeglichen Wiederaufbau und die Einfuhr der grundlegenden Güter für die Versorgung der Bevölkerung. Ein Jahr nach dem Krieg kämpfen die Bewohner des Gazastreifens noch immer um ihre Lebensgrundlagen, schildert Fred Abrahams von Human Rights Watch im kürzlich erschienen Bericht der Menschenrechtsorganisation die Situation in Gaza. Die EU und die USA, die ausreichend Druck auf den Staat Israel ausüben könnten, unternehmen nichts, um diese mörderische Blockade zu beenden.

Der Wald der Deutschen im Negev: Instrument zur Vertreibung der Palästinenser

Die Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg unterstützen genauso wie zahlreiche andere Bundesländer und Städte ein so genanntes Aufforstungsprojekt des Jewish National Fund im Lahav-Gebiet im Negev. Da diese „Aufforstung“ im Wesentlichen von internationalen Sponsoren finanziert wird, nennen es die Negev-Bewohner „Wald der Botschafter“. Ein Bereich ist dort der Bundesrepublik Deutschland gewidmet: Hier befindet sich (je nach Sponsor) unter anderem der Baden-Württemberg-Wald, der Korntal-Münchingen Wald und die Wälder mit den Namen anderer Geldgeber aus Deutschland. Von dort wurde im Jahr 1948 die Abu Sukut Familie

vertrieben, deren Land eignete sich der israelische Staat an, dieser stützt sich dabei auf extra dafür geschaffene rassistische Gesetze, die eindeutig internationalem Recht widersprechen. Die Resolution 194, die die Vereinten Nationen nach der Vertreibung verabschiedet haben, sieht dagegen die Rückkehr der Palästinenser auf ihr Land vor. Genau dies soll jedoch das Waldprojekt des Jewish National Fund verhindern. Der ökologische Nutzen ist zweifelhaft, denn es werden Bäume (vor allem europäische Arten) verwendet, die ursprünglich nicht im Negev vorkommen.

In den von Deutschen mit gesponserten „Wald der Botschafter“ soll weiterer Boden integriert werden, der Palästinensern geraubt wird. Derzeit versucht der Jewish National Fund die Bepflanzung des nahe gelegenen Al Arakib gegen den gewaltlosen Protest der Al Okbi durchzusetzen, obwohl noch vor Gericht um das Land gestritten wird. Die Protestierenden, werden von israelischen Beamten verhaftet oder auch geschlagen. Die Bewohner von Al Arakib wurden 1951 zum Wegzug von ihrem Land unter dem Vorwand gezwungen, dieses würde für eine gewisse Zeit für eine Militärübung benötigt. Seither werden sie an der Rückkehr gehindert. 2003 wurde auf dem Land der Al Okbi die Siedlung Givot Bar errichtet, die ausschließlich jüdischen israelischen Staatsbürgern vorbehalten ist.

Bundesrepublik Deutschland – Israel Enge Waffenbrüderschaft

Deutsche Rüstungslieferungen an Israel gehen bis in die 50er Jahre des letzten Jahrhunderts zurück. Da die Bundesregierung in den Anfängen einen Boykott der arabischen Staaten fürchtete liefen solche Waffenlieferungen unter strengster Geheimhaltung ab und wurden in der Regel von BND und Mossad koordiniert. Ab 1990 entwickelte sich der Waffenhandel zwischen beiden Staaten zu einer Kooperation im Bereich von Waffen- und Technologietransfer. Rheinmetall entwickelte zusammen mit dem israelischen Rüstungskonzern IAI eine Drohne (Typ Heron I), von denen bereits 3 Exemplare in Afghanistan eingesetzt werden. Derzeit werden 2 U-Boote mit Brennstoffzellenantrieb für Israel in Kiel gebaut. Der Bund hat bereits zugesagt von den Gesamtkosten 333 Millionen Euro zu übernehmen. Bei Thyssen Krupp will Israel ein sechstes U-Boot der Dolphin-Klasse bauen lassen, der Export ist schon im Jahr 2006 gebilligt worden, über die Zuschüsse wird noch verhandelt.

Palästinakomitee Stuttgart c/o: M. Kunkel, Rosengartenstr. 80, 70184 Stgt
Infos im Internet: palaestinakomitee-stuttgart.de – bds-info.ch – uridavis.info

Buchempfehlung: „Die ethnische Säuberung Palästinas“ v. Ilan Pappé, erschienen im Zweitausendeins-Verlag